

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

DS0108/13/47 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
DS0108/13	20.11.2013

Absender	
Mario Grünewald Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	
Gremium	Sitzungstermin
Finanz- und Grundstücksausschuss Stadtrat	22.11.2013 09.12.2013

Kurztitel
Haushaltsplan 2014 (Erkundung von unterirdischen Einlagerungen (Depot) von Kunstgütern in der Stadt Magdeburg)

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu ergründen, ob auf dem Gebiet des Fürstenwallparks, in Hohlräumen bzw. Bunkern, Einlagerungen im und am Ende des 2. Weltkrieges stattfanden und die dafür notwendigen Mittel im Haushaltsplan 2014 zu veranschlagen.

Begründung:

Ein Zeitzeuge berichtete mir 1991 „vor Ort“, dass er als Kind, wohnhaft am damaligen Fürstenufer 20 (heute Schleinufer) im Fürstenwallpark nach Bombenangriffen auf die Stadt einen Bombentrichter vorfand mit einem Loch am Ende. Durch diesen Spalt schlüpfte er in ein unterirdisches Bunkersystem, das ihn an ein Museum erinnerte. Im Zentrum stand ein Panzer und ein Flagggeschütz, in diesem Panzer, spielte er herum und verließ dann wieder dieses, für ihn so genannte „Museum“. Die Bombentrichter wurden schnell verfüllt und die Familie aus Sicherheitsgründen vor weiteren Angriffen nach Seehausen/Börde ausgelagert.

Recherche Grünewald: Da ich aus dem Antrag kein Buch machen möchte, hier die Kurzform:

Noch vor dem Zweiten Weltkrieg wurde in Magdeburg im damaligen Walhalla-Theater der Bund der Frontsoldaten „Der Stahlhelm“ gegründet. Präsident wurde Franz Seldte, Inhaber einer Magdeburger Limonadenfabrik (Langer Weg), mit Villa in der heutigen Jean-Burger-Straße. Der „Stahlhelm“ wurde auch Auffangbecken der SA und spielte eine große Rolle im Wahlkampf für Adolf Hitler. Deshalb wurde Franz Seldte Reichsarbeitsminister und behielt das Amt bis 1945. Der Fürstenwallpark ist mit seinem Kriegerdenkmal an die Frontsoldaten der Kriege praktisch die Weihestätte „des Stahlhelms“; nicht zu vergessen die damalige Ruhestätte der „Alten Garde“ auf dem Fürstenwall!! Eine 2. Zeugenaussage eines Jungen mit seiner Mutter, die wenige Tage vor Kriegsende aus einem Haus in der Augustastraße beobachtend (heute: Hegelstraße) beschrieben wurde. „Da lagerten Soldaten große Kisten ein, wenn die wüssten, was da noch liegt (ca. 1998).“

Nun kommt hinzu, dass der damalige Gauleiter Jordan, auch Reichsverteidigungskommissar war, zuständig für alle Zivilschutz- und Bunkerbauten im Gau – auch zu seinem eigenen Schutz – [mit dazu großen Aufmärschen in der heutigen Hegelstraße (Palais am Fürstenwall)] und der damalige Oberbürgermeister Markmann enge Freunde mit Franz Seldte waren. Was liegt da näher, als eine Walhalla im Parkbereich für Führungskräfte?

Auf dem Domplatz hat die LH MD vor dessen Sanierung Hohlkernbohrungen einfach so durchgeführt und dafür 150 Tausend Euro veranschlagt um Keramikscherben zu bergen.

Hier wird es günstiger:

Das beste und preisgünstigste Mittel vor einer Öffnung sind Probebohrungen mit Kernbohrgeräten. Danach kann man durch die Öffnungen mit einer Rohrreinigungskamera mit Infrarotlicht die Hohlräume betrachten, ob und wo sich eine Öffnung lohnt. Danach müsste ein Bagger seinen Dienst tun.

Zur Sicherheit sollte man daran denken, dass zu dieser Zeit auch Sprengfallen keine Seltenheit waren.

Ich hätte das schon längst privat getan!

Diese Recherchen (und mind. 20 Orte in Sachsen Anhalt) waren die Grundlage meiner geplanten Karriere als Filmemacher, die ich aber aus Gründen der Einführung des Zusatzparagraphen „Schatzregal“ zum BGB, der 1991 aus Unkenntnis der Abgeordneten vom Landtag beschlossen wurde, später dann verwerfen musste. Der Zusatzparagraf „Schatzregal“, - den es nicht in allen Bundesländern gibt (!!!), verhindert, dass Ausgrabungen persönlich auf Antrag gemacht werden dürfen oder wie in Magdeburg, der Stadt gehören, oder dass es in Wittenberg nicht möglich ist Rudolf den II. auszustellen und sein Reichsschwert und überhaupt alles im Depot von Halle verschwindet. Dieses „Schatzregal“ verhindert, dass „normale“ Bürger mit Entdeckerwillen und Forschergeist überhaupt etwas in Richtung Schatzsuche tun dürfen. „Jugend forscht“ ist in dieser Richtung nicht gestattet! Wenn das „Schatzregal“ vom Landtag aufgehoben wird, dann hat endlich die Stadt Rechte „Ihre Schätze“ selbst zu verwalten. Eine Überlassung zur Sanierung und Werterhaltung, was Halle mit seiner Werkstatt durch Fördermittel natürlich am besten gewährleisten kann, steht dabei natürlich nicht in Frage. Das „Schatzregal“ ist eines der undemokratischsten und intolerantesten Gesetze völlig entgegen dem Grundgesetz unserer Bundesrepublik. Wenn es durch den Landtag abgeschafft wird, gehört das gefundene Gut, wenn es staatliche Grabungen betrifft, zur Hälfte dem Land und zur Hälfte dem Besitzer des Grundstücks, in dem Falle der Stadt und es wird dann in der Stadt logischerweise auch ausgestellt. Die Begründung, dass Raubgräber damit abgehalten werden im Untergrund zu arbeiten, ist Unsinn, da gerade diese kriminellen Elemente ihre Funde nie bei einer solchen Gesetzgebung melden werden.

Um zu vermeiden diesen Antrag im Stadtrat zu stellen, damit nicht bestimmte Kräfte mit einer Spatenbrigade der Suche zuvor kommen, habe ich durch vertrauliche Briefe versucht, über den Stadtplanungsamtsleiter Herrn Olbricht, der die Untere Denkmalschutzbehörde vertritt und natürlich schon vorher (Mitte 2010) den Beigeordneten Herr Dr. Scheidemann, der mein erster Ansprechpartner war, im Hintergrund die Möglichkeiten einer Erkundung zu behandeln. (Es ging um mehr als

nur die Einlagerungen im Fürstenwall, ich war auch Chronist der Junkerswerke MD, mit weiteren Recherchen bis hin zur Auslagerung von Gütern des Zeughauses.) Da ich aber über dreieinhalb Jahre von den vorgenannten Personen hingehalten und vorgeführt wurde, habe ich aus Vertrauensverlust zu ihnen letztlich auch meine Mitgliedschaft im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vor einem Jahr abgegeben und werde auch nicht noch einmal für die Kommunalwahl zur Verfügung stehen.

Deshalb betrachte ich die aktuelle Haushaltsdebatte quasi als letzte Möglichkeit dieses Anliegen mit einem Änderungsantrag endlich in den Stadtrat einzubringen und mit in den Haushalt 2014 zu überweisen.

Stadtrat Mario Grünewald
Fraktion Die Linke/ Tierschutzpartei